

In Kürze

STEUERSTREIT
Drei Banken einigen sich mit den USA

Drei weitere Schweizer Banken haben sich im Steuerstreit mit den US-Behörden geeinigt: die Jurassische Kantonalbank (BCJ), die Privatbank Reichmuth & Co sowie die Banca Inter mobiliare di Investimenti e Gestione (Suisse), teilte das US-Justizministerium (DoJ) gestern mit. Grundlage der Einigung mit den US-Strafbehörden sei das Bankenprogramm, das die Schweiz und das DoJ im August 2013 unterzeichnet hatten. Die grösste Busse zahlt demnach die Bank Reichmuth mit 2,6 Millionen Dollar. Die BCJ muss eine Busse von 970'000 Dollar berapen, während die Banca Inter mobiliare di Investimenti e Gestioni nichts bezahlen muss. *sda*

ZÜRICH
Elektronische Fesseln im Test

Seit Anfang Juli testet der Kanton Zürich elektronische Fussfesseln bei jugendlichen Straftätern aus dem Massnahmenzentrum Utlikon. Der Pilotversuch hat neun Monate später begonnen als ursprünglich vorgesehen. Die Testphase dauert ein Jahr. Erste Überwachungen wurden bereits durchgeführt, wie das Amt für Justizvollzug, bestätigt. Sowohl GPS-gesteuerte als auch RF-Fussfesseln seien bereits erprobt worden. *sda*

ARMEE
Kein Platz für Kriminelle

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Ausschluss eines Soldaten aus der Armee für rechtmässig erklärt. Eine Sicherheitsprüfung hatte eine Verurteilung wegen Rassendiskriminierung ergeben. Der Mann wurde damals zu einer bedingt vollziehbaren Gefängnisstrafe von 30 Tagen verurteilt. Drei Jahre später erfolgte eine Verurteilung wegen eines Vergehens gegen das Waffengesetz. Weniger als ein Jahr verging, als der Mann zu einer weiteren bedingt vollziehbaren Geldstrafe verurteilt wurde. Dies alles bestätigt den Eindruck, dass der Mann Konflikten nach wie vor nicht aus dem Weg gehe, zu gewalttätigen Handlungen neige und rassendiskriminierendes Verhalten an den Tag lege. *sda*

KONSUM POSTFINANCE LANCIERT TWINT

Fans können die YB-Wurst mit dem Handy bezahlen

Lange war es ruhig beim Thema «Bezahlen mit dem Smartphone». Jetzt ist viel Bewegung in diesen neuen Markt gekommen. Gestern lancierte die Postfinance ihre Lösung Twint. Zuvor haben die Swisscom und die Migros-Bank wichtige Entscheide gefällt.

Wer sich am Sonntag während des Berner Derbys YB gegen den FC Thun im Stade de Suisse eine YB-Wurst gönnen will, kann diese erstmals mit dem Smartphone bezahlen. Dazu muss der Nutzer vor dem Spiel lediglich die neue Twint-App von Postfinance auf dem Handy installieren, Geld hinterlegen und Bluetooth aktivieren. Den Bezahlvorgang löst er aus, indem er sein Smartphone in die Nähe eines speziellen Lesegeräts hält.

Stadionbesucher können einen Geldbetrag etwa per Einzahlungsschein oder am Postomaten auf Twint laden. Die App ist ab sofort kostenlos für iPhones und Android-Geräte erhältlich.

Das bargeldlose Bezahlen mit Twint wird nicht nur im Stade de Suisse funktionieren. Derzeit akzeptieren zehn Läden und Restaurants in Bern und Zürich die neue Lösung von Postfinance. Dazu gehören etwa das für seine Desserts bekannte Café Apfelgold, der Lorraineladen LoLa, der Kinobetreiber Riffraff und das Kleidergeschäft Jo Brauer.

50 Läden bis Ende September

In den nächsten Wochen wollen weitere Anbieter in Basel, Luzern, Winterthur, St. Gallen, Lausanne und Genf das Bezahlen mit Twint ermöglichen. Bis Ende September werden 50 Läden schweizweit die Postfinance-Lö-

sung zulassen. Ab Oktober kommen Filialen der Schweizerischen Post sowie noch nicht genannte Onlineshops dazu. Coop und die SBB testen derzeit Twint. Geplant ist auch der Einsatz in den Kantinen der SV Group.

Im milliardenschweren Schweizer Markt für bargeldloses Bezahlen schickt sich die Postfinance mit Twint an, die wichtige Kreditkartenindustrie als Zwischenhändlerin auszu-schalten. Der Nutzer muss keine Kreditkarte hinterlegen, um mit Twint zu bezahlen.

Auch bei der Technologie geht Twint andere Wege als die Konkurrenz: Die Datenkommunikation mit dem Lesegerät erfolgt nicht über die gängige NFC-Funktechnik, sondern über den Übertragungsstandard Bluetooth. Läden, die das Bezahlen mit Twint ermöglichen wollen, müssen deshalb neue Terminals anschaffen.

Die Kosten von 100 Franken pro Terminal müssen die Geschäftskunden selber übernehmen. Dafür profitieren sie von niedrigen Transaktionsstarifen und haben Aussicht auf Mehrumsatz. Postfinance verlangt pro Kaufbetrag von 10 bis 100 Franken von den Twint-Anbietern eine einheitliche Gebühr von 10 Rappen. Herausgeber von Debit- und Kreditkarten berechnen 25

Rappen. «Wenn wir 50 bis 100 Millionen Transaktionen jährlich erreicht haben, arbeiten wir gewinnbringend», sagte Twint-Chef Thierry Kneissler gestern gegenüber dieser Zeitung.

Die Postfinance hat Twint im Sommer 2014 als hundertprozentige Tochtergesellschaft gegründet. Die Firma in der Gründungsphase hat ihren Sitz in Bern und beschäftigt zehn Personen.

Swisscom wechselt die Seiten

Den Handel und die Konsumenten zu begeistern, wird nicht einfach sein. Denn auch die Konkurrenz schläft punkto digitales Portemonnaie nicht. Die Swisscom teilte am Mittwoch mit, ihre eigene Bezahlösung Tapit im Sommer 2016 aufzugeben. Hohe Einstiegshürden dieser Anwendung haben die Swisscom-Kunden nicht überzeugt.

Stattdessen schliesst sich die Swisscom der Paymit-Lösung an, die im Mai 2015 von der Börsenbetreiberin SIX, der UBS und der Zürcher Kantonalbank lanciert worden ist. «Der Schritt von Swisscom hat keinen Einfluss auf uns, da Twint unabhängig von den Mobilfunkanbietern funktioniert», sagte Kneissler.

Im Gegensatz zu Twint kann mit Paymit noch nicht kontaktlos im Laden bezahlt, sondern nur Geld via Smartphone überwiesen



Eine Kundin bezahlt bei Lily's in Zürich mit Twint: Der Lieferservice für asiatische

Speisen ist einer der ersten Schweizer Anbieter, der auf die kontaktlose Bezahlösung der Postfinance setzt. Bilder Keystone/zwg

«Wenn wir 50 bis 100 Millionen Transaktionen jährlich erreicht haben, arbeiten wir gewinnbringend.»

Twint-Chef Thierry Kneissler



Auch die YB-Wurst kann mit der Bezahl-App Twint beglichen werden.

Die Filmförderung setzt jetzt auf Satelliten

KINO
Alles gut beim Schweizer Film? Ivo Kummer, Filmchef des Bundesamtes für Kultur, ist optimistisch. Doch die Wahrheit sieht anders aus.

Auf Anblich glaubt man sich verhört zu haben: «Zurzeit wird Erfolg im Schweizer Film bestraft – und Misserfolg belohnt.» Das sagt Ivo Kummer, Filmchef des Bundesamtes für Kultur, am Filmfestival Locarno. Kummer spricht über Succes Cinema, ein Förderinstrument, das an Kinokassen oder Filmfestivals erfolgreiche Schweizer Filme unterstützen soll. Eigentlich. Mithilfe von Gutschriften, die bei einem Folgeprojekt der beteiligten Filmschaffenden eingelöst werden können. Zur Verfügung steht aktuell die Summe von fünf Millionen Franken.

Aber eben, zurzeit dümpelt der Schweizer Marktanteil punkto Zuschauereintritte bei mageren 3,75 Prozent. Und nach gelten

dem Reglement werden Filme, die nur knapp die erforderliche Succes-Cinema-Hürde (Dokumentarfilm: 5000 Eintritte, Spielfilm: 10'000 Eintritte) geschafft haben, stärker belohnt als solche, die diese Schwelle deutlich überschritten haben. Man könnte sagen: Ein guter Ansatz dazu, erfolgreiche Schweizer Filme auszuzeichnen, ist auf merkwürdige Art torpediert worden.

Immerhin: Ivo Kummer verspricht Abhilfe. Die entsprechenden Multiplikatoren, die für die komplexe Berechnung der Erfolgsgutschriften verantwortlich seien, sollen modifiziert werden. Erstaunlich bleibt dennoch, mit welch optimistischer Selbstverständlichkeit hier ein mangelhaftes System korrigiert wird.

Aus fürs Rotationsprinzip

Ähnliches könnte man vom weit-aus wichtigeren Förderinstrument für Schweizer Filme sagen, der sogenannten selektiven



Filmchef Ivo Kummer: «Zurzeit wird Erfolg im Schweizer Film bestraft – und Misserfolg belohnt.»

Keystone

Filmförderung. Hier hat das einst von Ivo Kummer eingeführte «Rotationsprinzip» Schiffbruch erlitten. Jenes System, das auf konstanten Wechsel von begutachtenden Experten setzt, die über förderungswürdige Filme entscheiden. Die Gründe fürs Scheitern: Zu viele Kommissionsmitglieder waren zu oft verhindert.

Test fürs Satellitensystem

Immerhin, auch hier sind Lösungen in Sicht beziehungsweise werden geprüft. Kummer möchte neu ein «Satellitensystem» installieren. Dieses sieht zwei Kommissionsmitglieder vor, die ein Jahr lang fix zur Verfügung stehen, damit Kontinuität garantiert wird, sowie drei wechselnde Experten. Kontinuität. Verantwortung. Zuversicht. Das alles fehlt dem Schweizer Film dieser Tage. Immerhin Letzteres beherrscht Ivo Kummer ziemlich gut.

Hans Jürg Zinsli

Die Stimmung der Konsumenten ist im Keller

FRANKENSTÄRKE
Die Warnungen vor den Folgen der Frankenstärke schlagen den Schweizer Konsumenten aufs Gemüt. Der Index der Konsumentenstimmung sackte im Juli um 13 Punkte ab und erreichte den tiefsten Wert seit dreieinhalb Jahren.

Die Konsumentenstimmung ist so düster wie seit Januar 2012 nicht mehr. Der Konsumentenindex ist diesen Sommer um 13 Punkte abgesackt. Noch bei der letzten Befragung im April war der vom Staatssekretariat für Wirtschaft Seco erhobene Index stabil geblieben. Die jetzige Verschlechterung der Konsumentenstimmung in der Schweiz steht im Kontrast zu anderen Ländern.

Dort blicken die Konsumenten eher wieder positiver in die Zukunft, nachdem sich die Stimmung in den vergangenen Monaten eingetrübt oder stabilisiert

hatte, wie Bruno Parnisari, Konjunkturverantwortlicher beim Seco, sagte. Im Gegensatz zu anderen Ländern habe sich das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung vermindert. Der entsprechende Teilindex fiel von minus 8 auf minus 25 Punkte. Das bedeutet, dass weit mehr negative als positive Antworten auf die Frage nach der Konjunktur gegeben wurden.

Ursachenforschung schwierig

Die Gründe dafür zu erklären, sei schwierig, sagt Parnisari. Einen Einfluss könne die Frankenstärke seit der Abkehr vom Euro-mindestkurs Mitte Januar haben. So haben einige Unternehmen Produktionsverlagerungen beschlossen oder angekündigt.

Die Konsumentenstimmung könnte auch von den Meldungen in den Medien beeinflusst sein, wie Parnisari anmerkte. Diese seien in der letzten Zeit vorwiegend negativ ausgefallen. Gerade

gestern warnte die Konjunkturforschungsstelle KOF erneut vor einem drohenden Stellenabbau. Die Konsumenten haben gemäss der Seco-Umfrage im Zuge der konjunkturellen Eintrübung gewisse Ängste vor steigender Arbeitslosigkeit. Ein Einbruch des

Konsums muss dennoch nicht befürchtet werden, wie UBS-Ökonom Dominik Studer erklärte. Die Unsicherheit sei dem Konsum zwar nicht förderlich. Dass der Privatkonsument deswegen kollabiere, ist laut Studer aber nicht zu erwarten.



Die Lebensmittelbranche kam glimpflich davon. Aber auch hier sind die Umsätze im ersten Halbjahr 2015 gesunken. Keystone

Auch die Schweizer Detailhändler vermeldeten gestern einen Rückgang: Sie haben im ersten Halbjahr nach der Aufhebung des Euromindestkurses weniger eingenommen: Ihr Umsatz ging verglichen mit der Vorjahresperiode um 1,9 Prozent zurück, wie

DEVISEN

In den letzten Tagen hat der Franken gegenüber dem Euro spürbar nachgegeben. Gestern beschleunigte sich die Abwertung. Der Grund für die Entwicklung dürfte sein, dass sich die wirtschaftliche Lage in der Eurozone spürbar verbessert hat. Der Euro-Franken-Wechselkurs lag gestern Morgen zeitweise bei über 1,072 Franken. Zuletzt war dieser Stand Anfang März erreicht worden. Neben so hohen Auftrags-eingängen deutscher Firmen wie seit über vier Jahren nicht mehr sieht die VP-Bank in einer Analy-

se auch eine spürbare wirtschaftliche Erholung in den schuldengeplagten Ländern der Eurozone, etwa in Spanien, als Gründe für die Entwicklung.

Die Schweizer Volkswirtschaft leidet hingegen unter der Frankenaufwertung seit Mitte Januar. Sie wird laut VP-Bank nach dem bisherigem Stand im laufenden Jahr kaum über ein Wachstum von 0,7 Prozent hinauskommen. Der Bund geht in seiner Prognose derzeit von einem BIP-Wachstum von 0,8 Prozent aus. *sda*

Schon wieder teure IT-Panne beim Bund

INFORMATIK
Das Staatssekretariat für Wirtschaft muss das Projekt des geplanten Auszahlungssystems der Arbeitslosenversicherung abbrechen. Das jüngste IT-Debakel kostet den Bund mehrere Hunderttausend Franken.



Boris Zürcher, Präsident der Aufsichtscommission. Iris Andermatt

Schon wieder scheitert ein Informatikprojekt der Bundesverwaltung: Dieses Mal muss das Projekt zum Auszahlungssystem der Arbeitslosenversicherung vorzeitig abgebrochen werden. Das Ende des 26-Millionen-Projekts teilte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gestern mit. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Hunderttausend Franken. Hinzu kommen die verwaltungsinternen Aufwendungen.

Den Entscheid, das Projekt namens ASALneu abzubrechen, fällt die Aufsichtscommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung (ALV). Als Grund werden in der Mitteilung «neu eingetretene Risiken und Umsetzungsschwierigkeiten im Projektverlauf» angegeben.

Projekt «unterschätzt»

Für die Entwicklung des Projekts war die Firma CSC Switzerland GmbH verantwortlich. «Das Projekt wurde von beiden Seiten unterschätzt», sagte Aufsichts-kommissions-Präsident Boris Zürcher. Seit dem ursprünglichen Entscheid sei viel Zeit vergangen, neue Technologien seien entwickelt worden. Dadurch hätten sich technische und terminliche Schwierigkeiten ergeben. Die ursprünglichen Projektziele hätten nicht mehr erreicht werden können, sagte Zürcher. «Dann muss man ein Projekt abbrechen, nicht die Ziele neu definieren.»

Das Projekt wurde vom Seco in enger Zusammenarbeit mit CSC entwickelt. Eine Schuldzuweisung gebe es aber nicht, sagte Zürcher. Mit den Lieferanten konnte Anfang August eine Einigung erzielt werden. Diese umfasst neben einer finanziellen Regelung eine Vereinbarung über die Wartung des aktuellen Auszahlungssystems bis mindestens 2021. Dieses ist seit 1993 in Betrieb. Mit ASALneu hätte das System in eine moderne und wartungsfreundliche Softwareentwicklungsumgebung migriert werden sollen, heisst es in einer Mitteilung. Nun bleibt das lau-

fende Auszahlungssystem länger in Betrieb. Bis Ende März 2016 sollen neue Vorschläge für dessen Ersatz vorliegen.

Mit der Anfang 2014 aufgelegenen Korruptionsaffäre im Seco habe der Abbruch des Informatikprojekts nichts zu tun, betonte Zürcher. Damals war ans Licht gekommen, dass der Ressortleiter des Informatikdienstes der ALV-Ausgleichsstelle über Jahre hinweg Geschenke entgegengenommen und im Gegenzug IT-Firmen überbeuerte Aufträge in Millionenhöhe zugeschanzt hatte. Die Eidgenössische Finanzkontrolle ist in einem Bericht von 2014 zu einem anderen Schluss gekommen. Sie erklärt Verzögerungen aufseiten des Seco «teilweise durch die Vorfälle Anfang Jahr und deren personelle Konsequenzen».

Immer wieder Pannen

Der jüngste Projektabbruch ist der letzte in einer langen Reihe von IT-Pannen beim Bund. Das Führungsinformationssystem Heer, für welches das Parlament vor fast zehn Jahren 700 Millionen Franken gesprochen hatte, funktioniert bis heute nur eingeschränkt. Das Projekt Insieme der Eidgenössischen Steuerverwaltung wurde 2012 abgebrochen. Der Schaden beläuft sich auf über 100 Millionen Franken. Auch beim Bundesamt für Umwelt, bei den Strafverfolgungsbehörden von Bund und Kantonen oder beim Bundesamt für Strassen reissen Informatikprojekte Millionenlöcher in die Kasse. *sda*